



80. Parlamentspostille

Der Bericht Ihrer Bundestagsabgeordneten

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

30.6.2017

während andere Wahlkampf machen, regieren wir weiter für unser Land. Die SPD scheint inzwischen die Nerven zu verlieren, anders ist mir nicht erklärlich, wie sich der SPD-Parteivorsitzende in seiner Attacke auf die Bundeskanzlerin derartig vergreifen kann und dabei Formulierungen findet, die eines Spitzenkandidaten einer demokratischen Partei meiner Meinung nach wirklich unwürdig sind.

Nun liegt die letzte Sitzungswoche hinter uns und damit weitere vier erfolgreiche Jahre für Deutschland. Mit Fug und Recht lässt sich die stolze Bilanz ziehen: Wir haben geliefert! Rekordbeschäftigung, die geringste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung, ein seit vier Jahren ausgeglichener Haushalt bei weiter steigenden Einnahmen des Staates – am Ende der Wahlperiode stimmt das Ergebnis. Rekordsummen für Investitionen in die Infrastruktur, wachsende Renten und Löhne, mehr Geld für Bildung und Forschung. Die gute Entwicklung der Wirtschaft, aber auch die kluge Haushaltsführung haben es uns erlaubt, viele Kosten für Aufgaben zu übernehmen, die nach der Rechtslage Pflicht der Länder und Kommunen sind: Verkehrswege, Breitband, Kitas und Schulen werden noch stärker vom Bund gefördert als bereits geplant.

Trotz dieser wirklich erfolgreichen Bilanz der hiesigen Legislaturperiode ist die Liste der Probleme, denen wir uns unvorhersehbar gegenüber sahen, beinahe so lang wie die der Erfolge. Ukraine-Krise, Brexit, die US-Präsidentenwahl – aber auch die noch andauernde Krise in Griechenland, die Unruhen in vielen Weltregionen, die die größten Fluchtbewegungen seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst haben. Deutschland sah und sieht sich neuen Anforderungen gegenüber, die uns grundlegend neue Antworten abverlangen. Die von Bundeskanzlerin Angela Merkel angeführte Bundesregierung hat ihren Kurs auch in einer schwierigen Zeit voller Herausforderungen unaufgeregt und mit Augenmaß gehalten. Deutschland hat Verantwortung übernommen. Wir haben unser Land vorangebracht. Deutschland ist ein verlässlicher Partner in Europa und der Welt. Das ist auch das, was die Mehrheit der Bürger in Deutschland erwartet. Dafür steht die Union geeint und gemeinsam und wir werden diese Linie im nun beginnenden Wahlkampf selbstbewusst vertreten.

Ihre




Wir gedenken Helmut Kohl

In der Berliner Hedwigskathedrale wurde zu Beginn dieser Woche unserem Altkanzler Helmut Kohl gedacht und in einer würdigen Totenmesse von ihm Abschied genommen- eine Reaktion auf die Tatsache, dass kein Staatsakt in Berlin geplant war. Die Kanzlerschaft von Helmut Kohl waren 16 gute Jahre für Deutschland. Mit ihm geht ein großer Europäer und deutscher Patriot. Bei Helmut Kohl war immer erkennbar, dass Patriot zu sein in heutiger Zeit bedeutet, Europäer zu sein. Mit diesem Bewusstsein hat Helmut Kohl für die vielleicht größte Vision seiner Generation gearbeitet – für ein Europa in Frieden und ohne Grenzen. Für mich war neu, dass Kohl in seiner Jugend mit einer anderen Branche als der Politik geliebäugelt haben soll, nämlich mit der Land- und Forstwirtschaft. Ein schöner Gedanke, denn der Prälat und Leiter des katholischen Büros in Berlin sprach von einer besonderen Hochachtung, die Helmut Kohl vor dem Beruf des Försters gehabt haben soll, weil diese ernteten, was ihre Vorfahren gepflanzt haben, und weil sie setzten, was ihre Nachfahren ernten. Dieser Beruf verlange Tatkraft und Geduld und sowohl Förster als auch Landwirte bräuchten ein Gefühl dafür, wann die Zeit reif für die Ernte sei. Diesen Worten kann ich mich ausnahmslos anschließen!

Wir nehmen Abschied und fühlen uns seinem großen Lebenswerk und Vermächtnis verpflichtet.

Rede zum zweiten Engagementbericht



Der letzte Tagesordnungspunkt im Plenum für heute und somit auch vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause war der Zweite Engagementbericht.

Der Engagementbericht wird von einer Sachverständigenkommission einmal pro Legislaturperiode erarbeitet und dem Bundestag durch die Bundesregierung vorgelegt. Er skizziert das Bürgerschaftliche Engagement in unserem Land und gibt Handlungsempfehlungen für unsere Arbeit.

In dieser Legislaturperiode war der Schwerpunkt der Betrachtung allerdings auf die Kommune vor Ort gerichtet. Daher empfehle ich allen Kommunalpolitikern mal einen Blick in den Bericht. Auch wenn er mit seinen rund 600 Seiten etwas erschlagend wirkt, hilft das Inhaltsverzeichnis sehr gut, die für einen persönlich interessanten Abschnitte schnell zu finden. Den Engagementbericht gibt es [hier auf der Internetseite des Bundesfamilienministeriums](https://www.bundesfamilienministerium.de).

Auch meine letzte Rede in dieser Legislaturperiode kann natürlich, wie alle von mir zuvor gehaltenen, in der Mediathek des Deutschen Bundestages angesehen werden: www.bundestag.de/mediathek

Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Wohnungseinbruchsdiebstahl



Bei der inneren Sicherheit setzen wir unseren konsequenten Weg für einen starken Staat fort: Einbrecher in Privatwohnungen werden künftig härter bestraft - mit einer Mindeststrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren. Zudem entfällt die Regelung zum minder schweren Fall, Wohnungseinbruchsdiebstahl wird künftig ausnahmslos als Verbrechen gewertet. Um die Aufdeckung von Bandenstrukturen der

Täter zu erleichtern, verbessern wir bei solchen Einbrüchen die Ermittlungsbefugnisse der Polizei, indem sie nach richterlichem Entscheid auch Verbindungsdaten analysieren können.

Strafrechtsänderungsgesetz: Illegale Autorennen werden härter bestraft

Rasen kann tödlich enden. Das gilt insbesondere für illegale Autorennen. Jedes Jahr werden dabei Menschen getötet oder verletzt, nur weil unverantwortliche Fahrer sich diesem Nervenkitzel hingeben. In dieser Sitzungswoche haben wir deshalb ein Gesetz verabschiedet, mit dem wir die illegalen Straßenrennen sowie die Teilnahme daran unter Strafe stellen. Dies gilt auch für Einzelpersonen, die fahren, als wären sie in einem Rennen. Das Urteil ist ein Meilenstein und hat Signalwirkung: Wer für seinen eigenen Kick das Leben Unschuldiger billigend in Kauf nimmt, muss mit einer harten Antwort des Rechtsstaats rechnen. Bisher waren illegale Straßenrennen nur als Ordnungswidrigkeit verfolgbar, in Zukunft gilt – ausnahmslos – das Strafrecht, auch dann, wenn durch glückliche Fügung bei einem solchen illegalen Rennen keine Opfer zu beklagen sind. Dass die Teilnahme an Straßenrennen nun zur Straftat wird, hat einen zusätzlich positiven Nebeneffekt. Hierdurch ist es möglich, das Fahrzeug des Betroffenen einzuziehen, womit wir uns auch präventiv eine abschreckende Wirkung erhoffen.

Entlastung für Stromkunden

Nach umfassenden Beratungen hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche das Netzentgeltmodernisierungsgesetz (NEMoG) beschlossen. Hierbei wurden insbesondere zwei Themen intensiv diskutiert:

Die bundesweite Vereinheitlichung der Übertragungsnetzentgelte (d.h. der Netzentgelte, die die Verbraucher für den Stromtransport auf der Hoch- und Höchstspannungsebene bezahlen) und die Abschaffung der sogenannten vermiedenen Netzentgelte (d.h. die Vergütung, die Betreiber dezentraler Stromerzeugungsanlagen dafür erhalten, dass sie den Strom in niedrigeren Netzebenen einspeisen und damit das Übertragungsnetz entlasten).

Wir haben uns darauf verständigt, in das Energiewirtschaftsgesetz eine Verordnungsermächtigung aufzunehmen, auf deren Grundlage die Netzentgelte schrittweise über einen Zeitraum von fünf Jahren vereinheitlicht werden sollen. Dies soll bis zum 1. Januar 2023 erfolgen.



Ziel ist eine faire bundesweite Verteilung der Lasten der Energiewende, denn die Energiewende ist eine gesamtdeutsche Aufgabe. Gleichzeitig kommt es jedoch aufgrund des unterschiedlichen regionalen Ausbaus der erneuerbaren Energien zunehmend zu unterschiedlichen Kostenbelastungen für die Stromverbraucher in den verschiedenen Regionen. Mit der schrittweisen bundesweiten Vereinheitlichung der Übertragungsnetzentgelte soll dies korrigiert für die Übertragungsnetzebene werden.

Für Niedersachsen bedeutet die Regelung eine positive Entwicklung, denn bei einer Neuverteilung würden vor allem die nord- und ostdeutschen Länder entlastet werden.

Besserer Schutz vor Hasskriminalität in sozialen Medien



Die Debattenkultur im Netz ist insbesondere in sozialen Netzwerken häufig aggressiv und verletzend. Nicht selten erfolgt dies im Schutz der Anonymität. Dieser Umgang ist nicht schön, inakzeptabel wird er, wenn dadurch geltendes Recht verletzt wird.

Schon heute sind Betreiber sozialer Netzwerke wie Facebook und Twitter verpflichtet,

Rechtsverletzungen wie Volksverhetzung, Beleidigungen und Verleumdungen im Internet unverzüglich zu löschen, wenn sie davon Kenntnis erlangen. Dieser Verpflichtung, die auch im EU-Recht verankert ist, kommen die Unternehmen bisher nicht mit ausreichender Gründlichkeit nach. Gelöscht wird derzeit intransparent und nach eigenen unternehmensinternen Richtlinien, die übrigens weit mehr als bloße Rechtsverletzungen erfassen.

Wir müssen dem Prinzip Geltung verschaffen, nach dem in der virtuellen Welt die gleichen Regeln gelten wie in der realen. Mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz verpflichten wir deshalb die Betreiber großer sozialer Plattformen, ein wirkungsvolles System in Form eines Beschwerdemanagements aufzubauen, das die Anwendung geltenden Rechts gewährleistet, damit Hinweise von Bürgern über Rechtsverletzungen nicht nur dankend entgegen genommen, sondern bearbeitet werden und in offensichtlichen Fällen auch schnell gelöscht wird. Dort, wo Rechtsverletzungen nicht auf den ersten Blick klar sind, haben Unternehmen mehr Zeit zur Bearbeitung. Damit in diesen Fällen eine Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit ausgeschlossen ist, haben wir im parlamentarischen Verfahren dafür gesorgt, dass Plattformen nach dem Vorbild des Jugendmedienschutzes unabhängige Entscheidungseinrichtungen einbinden können. Ohnehin drohen Plattformbetreibern keine Bußgelder, wenn einzelne Hasskommentare nicht gelöscht werden. Sanktioniert wird nur, wenn kein wirksames Beschwerdemanagement errichtet wird. Zudem müssen die Unternehmen zukünftig einen sogenannten Zustellungsbevollmächtigten in Deutschland benennen, an den Auskunftersuchen für die Durchsetzung von Ansprüchen gerichtet werden können. Bisher verweisen Unternehmen häufig an ausländische Dienstsitze, was die Rechtsverfolgung faktisch ins Leere laufen lässt. Auch schaffen wir einen wirksamen und durchsetzbaren Anspruch auf Feststellung der Identität des Verletzers. Das Bundesamt für Justiz wird zukünftig beaufsichtigen, dass die Betreiber ihren Pflichten auch nachkommen.

60 Jahre Generationenvertrag – Bilanz und Herausforderungen der Rentenpolitik

Auf dem letzten Fraktionskongress der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages in dieser Legislaturperiode ging es um die rentenpolitische Bilanz unserer Fraktion und um einen Ausblick auf neue parlamentarische Initiativen.

Die Rentenpolitik in Deutschland zeigt ganz maßgeblich die Handschrift von CDU und CSU: Von der Einführung der dynamischen Rente durch Konrad Adenauer 1957 über den ebenso streitbaren wie zutreffenden Satz von Norbert Blüm „Die Rente ist sicher“ bis hin zur Einführung und Ausweitung der Mütterrente. Mit den Vertretern der Selbstverwaltung, der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und der Sozialverbände haben wir über die rentenpolitischen Initiativen der laufenden Legislaturperiode diskutiert und auch einen Blick in die Zukunft geworfen. Das Fazit war deutlich: Wir haben viel geschafft. Die Rente hat sich aufgrund der hohen Beschäftigung und der sehr guten wirtschaftlichen Situation, in den vergangenen Jahren positiv und besser entwickelt, als erwartet. Wir konnten in den vergangenen vier Jahren unter anderem mit der Mütterrente, der Einführung der Flexi-Rente, der abschlagsfreien Rente mit 63 und der Stärkung der Betriebsrenten als Union viele wichtige rentenpolitische Vorhaben umsetzen.

Klar ist aber auch, dass bestimmte Personengruppen besondere Unterstützung brauchen. Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende und gerade auch junge Menschen ohne Berufsausbildung müssen wir verstärkt in den Blick nehmen. Berufliche Ausbildung und Studium sind die wichtigsten Grundlagen für ein erfolgreiches Erwerbsleben. Erwerbstätigkeit ist wiederum der beste Schutz vor Altersarmut. Gerade jungen Menschen, die Schwierigkeiten haben, müssen wir verstärkt unter die Arme greifen. Hier ist in den vergangenen Jahren schon einiges passiert und beispielsweise mit dem Pilotprogramm RESPEKT auch ein spezielles Förderprogramm für diese Gruppe gestartet.



Auszug aus meinem Terminkalender

01.-02. Juli	• Weinfest Gifhorn
01. Juli	• Königsfrühstück Suderwittingen
02. Juli	• Beginn des Peiner Freischießens
03. Juli	• Firmenbesuche Peine
04. Juli	• Eulenumtrunk
05. Juli	• Königsfrühstück Peine
	• MdB-Austausch zum Thema TENNET
07. Juli	• Schützenfrühstück Hankensbüttel
07.-08. Juli	• G20 Gipfel in Hamburg
10. Juli	• Start der SommerTour durch Gifhorn und Peine
13. Juli	• 60. Gifhorn-Tag und Auftakt zum Nijmegen-Weg

Ja für die Ehe für alle

In unserer Fraktion und Partei, aber auch in der breiten Bevölkerung wurde und wird das Thema „Ehe für alle“ intensiv diskutiert. Ich habe Verständnis für die Kolleginnen und Kollegen, die anders entschieden haben als ich, respektiere dies und habe ein gewisses Verständnis dafür. Dennoch fordere ich aber im Gegenzug ebendieses Verständnis und den Respekt auch für meine Entscheidung ein.

In meinen Augen widerspricht eine Öffnung der Ehe für zwei Menschen gleichen Geschlechts nicht einer auf konservativen Werten beruhenden Politik. Verantwortung, Verlässlichkeit und das füreinander eintreten sind zutiefst konservative Werte, die durch die Eheschließung öffentlich bekundet werden. Eine Öffnung der Ehe für zwei Menschen gleichen Geschlechts, die dieses Bekenntnis abgegeben wollen, stärkt somit das Wertefundament der Ehe – so sieht es beispielsweise auch die Evangelische Kirche in Deutschland.

Mit der vollen rechtlichen Gleichstellung geht auch ein volles Adoptionsrecht einher – aber auch schon heute gibt es Paare gleichen Geschlechts, die Kinder adoptiert haben. Gerade aber am vollen Adoptionsrecht stoßen sich viele Kritiker. Für mich ist wichtig zu unterstreichen, ein Recht löst keinen Anspruch aus. Dies galt bereits vor der heutigen Entscheidung für alle Menschen, die ein Kind adoptieren wollten. Ich plädiere dafür, an dieser Stelle ganz klar das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt zu stellen, wie es auch schon heute getan wird. Da vertraue ich voll auf die Kompetenz und das Urteilsvermögen unserer Behörden. Sie werden auch zukünftig die besten Eltern für Adoptivkinder auswählen.

Ich hoffe, dass wir auch in Zukunft respektvoll miteinander umgehen werden. Auch wenn ich die Entscheidung im Thema für richtig halte, haben wir heute erlebt, wie ein emotionales, gesellschaftspolitisches Thema für ein Wahlkampfmanöver missbraucht wurde. Das ist unwürdig, unangebracht und sollte uns eine Mahnung sein. Ich hoffe, dass wir nun wieder zu einer fairen Auseinandersetzung um Sachthemen zurückkehren.

Kontaktieren Sie mich!

Ingrid Pahlmann MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

ingrid.pahlmann@bundestag.de

Telefon: 030 227 72341

Fax: 030 227 76067



Kommen Sie auch gerne in meine Sprechstunde! Melden Sie sich bitte kurz in einem meiner Wahlkreisbüros an.

Büro Peine

Freiligrathstr. 4

05171 – 7902225

ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de

Büro Gifhorn

Steinweg 5,

05371 – 728035

ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de

 facebook.de/ipahlmann